

„Die Revolution darf nicht vor den Toren der Steiermark Halt machen.“

Die KPÖ in Graz 1918/19

HEIMO HALBRAINER

Ein Jahr, nachdem die KPÖ in Graz gegründet worden war, meinte der Sprecher der Partei am 3. Parteitag der KPÖ im Dezember 1919: „Wir wollen jetzt unsere Organisation neu aufbauen und durch Organisation und durch das Hineintragen unserer Idee in die Massen können wir etwas erreichen.“¹ Was war in diesem Jahr geschehen, in dem ein kommunistischer Umsturz – auch im Schatten der Ereignisse der ungarischen Räterepublik – im Bereich des Möglichen war? Und was führte dazu, dass ein Jahr nach der Konstituierung der Grazer Organisation nun von einem Neuaufbau die Rede war?

Die Gründung der KPÖ Graz

Bald schon, nachdem in Wien am 3. November 1918 die Kommunistische Partei gegründet worden war, kamen Vertreter der Parteiführung nach Graz, um auch hier einen Grundstein für den Aufbau der KPÖ zu legen. So berichtete etwa am 8. Dezember 1918 die bürgerliche steirische Tageszeitung *Tagespost* über die erste kommunistische Versammlung im damaligen Grazer Vorort Eggenberg: „Die Wiener Kommunisten wollten gestern im Gasthaus Häuselbauer in Eggenberg eine Werbeversammlung zur Verkündung ihrer Ziele auf Besitzgemeinschaft und Gütergleichheit abhalten, vor allem aber sollte gegen die dermalige Leitung der sozialdemokratischen Partei Stimmung gemacht werden. [...] Zwischen dem genannten Gasthaus und dem Mautgebäude hatten sich etwa 150 Leute angesammelt, die in den Saal nicht hinein konnten, weil gerade Maurer mit Ausbessern beschäftigt waren. [...] Auch sonst fanden die vier Gäste aus Wien, darunter die bekannte Frau Dr. Frey-Friedländer (recte Eisler), so viel wie gar kein Entgegenkommen. Zwischen dem Abgesandten der Wiener Kommunisten Bertold Awin-Grad und einigen Sozialdemokraten kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen. Der junge Mann, der angeblich erst in letzter Stunde erfuhr, dass die Bezirkshauptmannschaft die Versammlung verboten hatte, erklärte, dass man sie nun auf den nächsten Samstag verschieben werde. Da

Awin-Grad die Unterrichtung in erregtem Tone noch fortsetzen wollte, verhaftete ihn die Militärpolizei.“²

War der erste Versuch, eine Versammlung der KPÖ in Graz abzuhalten, noch wegen eines Formfehlers bei der Anmeldung gescheitert, so war die zwei Wochen später abgehaltene Versammlung in Graz der Beginn der Kommunistischen Partei in der Steiermark. Dabei hatte es auch am 22. Dezember fast so ausgesehen, als könnte die Tagung erneut nicht stattfinden. Der Wirt vom „Schwarzen Adler“ am Griesplatz wollte seinen Saal nur gegen eine Bürgschaft von 4.000 Kronen zur Verfügung stellen.³ Da diese Summe nicht aufbringbar war, wurde beschlossen, die Versammlung im Freien, am Griesplatz, durchzuführen. In der *Tagespost* hieß es tags darauf, dass sich „an die 200 Anhänger beider sozialistischen Lager, aber auch zahlreiche deutschvölkische Parteigänger einfanden. Der Wiener Buchdrucker Steinhardt entwickelte in einstündiger Rede die Gedanken seiner jungen Partei. [...] Als dann Frau Dr. Eisler-Friedländer aufs Podium trat, machte sich allgemeiner Unwille in zahllosen heftigen Zurufen kund, die vornehmlich die Rassenzugehörigkeit der Sprecherin betrafen. Ein Arbeiter der Puchwerke forderte die organisierte Arbeiterschaft auf, nach Hause zu gehen, womit die Versammlung um die Mittagsstunde [...] ihr vorzeitiges Ende fand.“⁴

Die aus Wien angereisten Referenten Karl Steinhardt, Elfriede Friedländer und Karl Janistyn fuhren allerdings nicht gleich wieder nach Wien zurück, sondern blieben in Graz. In seinen Erinnerungen schrieb Steinhardt: „In einer die ganze Nacht dauernden Besprechung mit den Vertrauensmännern wurde die Gründung der Kommunistischen Partei diskutiert. Für Steiermark und Graz wurden Vertrauensmänner gewählt, die die Konstituierung der Partei durchführen sollten.“⁵

Revolutionärer Aufschwung

War der Beginn der Kommunistischen Partei in Graz im Dezember 1918 etwas holprig verlaufen, so sollte sich dies spätestens mit Beginn des neuen Jahres ändern. Im Jänner 1919 wurde der 31-

jährige Heinrich Brodnig, ein gelernter Schriftsetzer, von der Parteiführung in Wien mit dem Auftrag, die steirische Landespartei aufzubauen, nach Graz geschickt. Brodnig hatte bereits „Revolutionserfahrung“, war er doch in Russland Obmann des Kriegsgefangenenkomitees und ab April 1918 der technische Verantwortliche für die Herstellung der deutschsprachigen Zeitung der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) *Welt-Revolution* gewesen.⁶ Mit ihm nach Graz kam der 28-jährige Wiener Metallgießer Leopold Maresch, und gemeinsam begannen sie die KPÖ in Graz aufzubauen. Bereits Mitte Jänner 1919 wusste der Polizei-Kommissar, der die Versammlung der KPÖ am 11. Jänner besucht hatte, davon zu berichten, „daß die kommunistische Bewegung in Graz in verhältnismäßig kurzer Zeit sehr bedeutend zugenommen hat“. Mindestens 700 Personen folgten den Referenten im Gasthof „Zum Sandwirt“ in der Grazer Griesgasse zum Thema „Die Kommunistische Partei Deutschösterreichs und ihre Stellungnahme zur Nationalversammlung“.⁷ Dabei wurde die Nationalversammlung als ein Mittel der herrschenden Klasse zur Ausübung und Aufrechterhaltung der politischen Macht charakterisiert, die zerstört werden müsse. Der „Irreführung der Massen“ bei parlamentarischen Wahlen sei die Diktatur des Proletariats entgegenzusetzen und die Funktion des Parlaments sei zur Gänze durch Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu ersetzen.⁸

Als am 9. Februar 1919 in Wien der erste Parteitag der KPÖ stattfand, war die Frage der Teilnahme an der Wahl zur Nationalversammlung am 16. Februar eines der Hauptthemen. Während die Mehrheit der Delegierten für einen Wahlboykott eintrat, worin sie durch Artikel von Nikolai Bucharin und Leo Trotzki⁹ in den Parteiorganen *Weckruf* bzw. *Die soziale Revolution* bestärkt wurden, sprachen sich die drei Delegierten aus der Steiermark – neben Brodnig aus Graz, der den Vorsitz am Parteitag führte, auch noch jene aus Voitsberg und Donawitz – sowie die Vertreter des „Revolutionären Soldatenkomitees“ gegen

den Wahlboykott aus und stellten den Antrag, „bei den Wahlen für die Sozialdemokratische Partei zu stimmen“.¹⁰ Brodnig erklärte dies mit der besonderen Situation der Arbeiterschaft in der Steiermark: „Sie [die Arbeiter] sind seit Jahren organisiert und schwimmen ganz im sozialdemokratischen Fahrwasser. Wenn wir ihnen unsere Ideen vortragen, sind sie davon sehr begeistert, aber wenn wir Stellung zur Nationalversammlung nehmen, wollen sie von Wahlenthaltung nichts wissen. Sie versprechen sich zwar nichts von der Nationalversammlung, aber sie sind der Meinung, dass man sich an der Wahl doch beteiligen muss, um sich nicht den Vorwurf zuzuziehen, Stimmen zersplittert zu haben. Es war uns in der kurzen Zeit nicht möglich, die genügende Aufklärung über die Nationalversammlung zu geben, doch glaube ich versichern zu dürfen, dass die Genossen in Steiermark in ihrer Mehrzahl zu den Kommunisten stehen werden, wenn sie von der Nationalversammlung enttäuscht werden. Wenn wir uns schon jetzt gegen die Nationalversammlung aussprechen würden, so hätten wir die Arbeiterschaft gegen uns.“¹¹ Tatsächlich dürften anlässlich der Wahl zur Nationalversammlung am 16. Februar 1919 nur wenige dem Aufruf zur Wahlenthaltung gefolgt sein. Ganz anders war es bei der Landtags- und Gemeinderatswahl am 11. Mai 1919 drei Monate später, wo um über 21 Prozent mehr der Wahl fernblieben als im Februar 1919.¹²

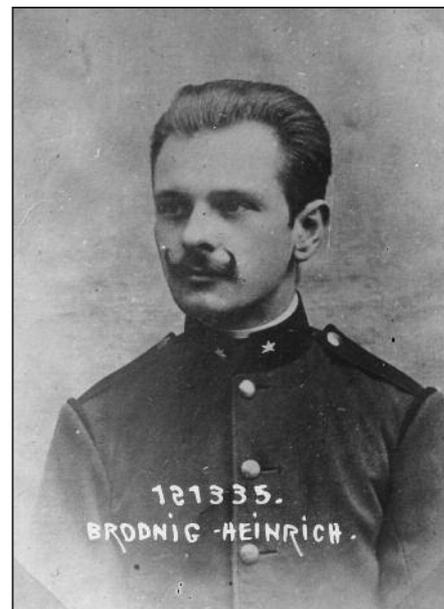
Bis Mitte Februar 1919 waren in Graz ein revolutionärer Aufschwung und ein Ansteigen der kommunistischen Bewegung zu verzeichnen. So fanden am Freiheitsplatz bzw. in Eggenberg mehrere Versammlungen mit bis zu 1.600 Teilnehmern statt, in denen die sofortige Sozialisierung, die Enteignung der Klöster und Stifte sowie die soziale Revolution gefordert wurden. Darüber hinaus fanden jeden Mittwoch und Samstag im Gasthaus Zum Grünen Baum in der Mariahilferstraße Diskussionsabende der KPÖ Graz statt, die von jeweils rund 90 Personen besucht wurden.¹³ Zudem hatte die KPÖ innerhalb kürzester Zeit große Teile der Volkswehr hinter sich gebracht, wie etwa eine Kundgebung von sozialdemokratischen Volkswehrmännern am 20. Februar am Freiheitsplatz zeigte. Dort hielt Brodnig vor rund 3.500 Demonstranten eine Rede, die begeistert aufgenommen wurde, während der Gegenredner, der sozialdemokratische Soldatenrat Ludwig Oberzaucher, von der Menge am Sprechen gehindert wurde.¹⁴

Die Polizeidirektion Graz sollte diese Kundgebung später als jene Möglichkeit einschätzen, die – wie es wörtlich hieß: „direkt zum Volksaufstand und Errichtung der Räteregierung in Graz und event. in Steiermark [hätte] führen können, da die gesamte Volkswehr am Freiheitsplatz versammelt war und auf die Seite Brodnigs trat und ihre berufenen Führer [...] nicht mehr zum Worte kommen ließen. Nach h. ä. Ansicht und Beobachtung war es schon damals nur einem taktischen Fehler Brodnigs zu verdanken, dass er die Situation nicht ausnützte und die Soldaten zur sofortigen Besetzung der Stadt aufforderte. [...] Nur diesem Umstände war es zuzuschreiben, dass seiner verderblichen Tätigkeit einigermaßen entgegen gearbeitet werden konnte.“¹⁵

Maßnahmen gegen die Kommunisten

Bereits unmittelbar nach der Gründung der Kommunistischen Partei setzten erste Überlegungen ein, wie dieser Partei entgegengetreten werden könne. So erging bereits im Jänner 1919 ein Erlass des steirischen Landeshauptmanns an alle Behörden, Polizei- und Gendarmenkommandanten, in dem es hieß, „dieser Bewegung die größte Aufmerksamkeit zu schenken und alles Material sofort anher einzusenden. Desweiteren sind alle Gesetzesübertretungen sofort strafgerichtlich zu verfolgen.“¹⁶ Zudem schlug der Grazer Bürgermeister Adolf Fizia Anfang Februar 1919 vor, dass alle nicht in der Steiermark heimatberechtigten Personen, die sich als Sympathisanten der kommunistischen Bewegung zu erkennen geben, aus dem Bundesland abgeschoben werden sollten.¹⁷

Im Anschluss an die von den sozialdemokratischen Volkswehrmännern und Kriegsheimkehrern organisierte Kundgebung vom 20. Februar, bei der die Stimmung zugunsten der KPÖ gekippt war, wurden seitens der Stadt- und Landesregierung aber auch noch andere Maßnahmen ergriffen: So wurde die Versammlung der KPÖ, die für den 22. Februar am Freiheitsplatz angekündigt war, vom Bürgermeister untersagt, der zudem eine Kundmachung plakatieren ließ, in der er mit der Verhängung des Standrechtes drohte.¹⁸ Anton Rintelen¹⁹ – damals Stellvertreter des Landeshauptmanns – reiste nach Wien, von wo er mit 620 Mann niederösterreichischer Gendarmerie zurückkehrte. Zudem mobilisierte er die Grazer Polizei und Studentenwehr sowie die Bereitschaft der Volkswehr.



Heinrich Brodnig (1887–1962)

Am Samstag, den 22. Februar, verlegte die KPÖ – nachdem sie gegen das Versammlungsverbot protestiert hatte – die Kundgebung in die damalige Grazer Vorortgemeinde Gösting. In der Grazer Innenstadt versammelten sich aber dennoch viele Neugierige an den Absperrungen in der Sporgasse, Sackstraße und Herrengasse sowie am Murvorplatz, dem heutigen Südtirolerplatz. Aufgeheizt durch die Anwesenheit der „Wiener Gendarmerie“ – jenen Einheiten, die Rintelen aus Niederösterreich mobilisiert hatte – sowie über die Präsenz bewaffneter Studenten erobert, deren unverzügliche Entwaffnung verlangt wurde, gingen die Demonstranten gegen die Absperrungen vor. Ein Teil der Demonstranten war in der Zwischenzeit zur Andrärschule gezogen, wo das Arbeiterhilfskorps einquartiert war, und verlangte von diesem, es möge an Stelle der Studenten den Dienst an den Absperrungen versehen. Als dann gegen 17 Uhr eine Abteilung des Arbeiterhilfskorps durch die Annenstraße anmarschiert kam und die angesammelte Menge dies mit Jubel begrüßte, glaubten die Gendarmen und Studenten, es handle sich um einen bewaffneten Angriff und feuerten am Murplatz in die Menge. Die Bilanz: vier Tote und 13 Schwerverletzte.²⁰

Die Studenten flohen daraufhin über die Mur und zogen sich in das Rathaus zurück, das von der aufgebracht Menge belagert wurde. Diese forderte die Entwaffnung der Studentenwehr, was die Studenten allerdings verweigerten. Erst nachdem es am Hauptplatz zu einer weiteren Schießerei gekommen war, was zur Folge hatte, dass erneut Verletzte und ein Toter zurückblieben, gelang es dem

Arbeiterhilfskorps und der Sicherheitswache die Studentenwehr zu entwaffnen, woraufhin sich die Lage beruhigte.

Während die Studenten entwaffnet und „unter dem Schutze des Arbeiterhilfskorps nach Hause geführt“²¹ wurden, verhaftete die Polizei noch in der Nacht acht Mitglieder der Führung der KPÖ, denen man die Schuld für die Vorfälle gab, da sie für diesen Tag zu einer Kundgebung aufgerufen hatten. Weitere Verhaftungen folgten tags darauf. Diese Ereignisse vom sogenannten „Blutsamstag“ hatten zur Folge, dass die kommunistische Bewegung in Graz mehr als einen Monat lang fast gänzlich lahmgelegt wurde. Einzelne Kommunisten trafen sich in kleinen konspirativen Zirkeln in Privatwohnungen, einige traten mit Sozialdemokraten in Verbindung, um mit deren Unterstützung die Freilassung der Inhaftierten zu erreichen.

Erst Mitte März 1919 kam für die führungslose KPÖ in Graz Unterstützung aus Wien. Karl Janistyn wurde nach Graz beordert, um die desorganisierte Partei wieder zu formieren. Nur wenige Tage nach seiner Ankunft ereignete sich jedoch etwas, das den Versuch mittels Wiener Gesandter die Grazer Partei wieder aufzubauen, überflüssig machen sollte: Am 21. März 1919 wurde im benachbarten Ungarn die Räterepublik ausgerufen, was in der kommunistischen Bewegung die Hoffnung weckte, dass die Revolution nicht vor den Toren der Steiermark Halt machen werde und sich auch hier bald die Verhältnisse ändern würden.

Die Auswirkungen der Ungarischen Räterepublik

Nachdem die letzten noch inhaftierten Führer der KPÖ zwei Tage nach Ausrufung der Räterepublik auf Intervention des Staatskanzlers Karl Renner wieder freigelassen worden waren,²² kam es am 30. März 1919 in der Industriehalle zur ersten kommunistischen Versammlung in Graz seit dem „Blutsamstag“, in der Brodnyg den Versammelten einen telefonischen Gruß von Béla Kun bestellte und mitteilte, dieser fordere die Grazer Kommunisten auf, „sich als klassenbewußte Proletarier zu bekennen und als solche zu handeln“. Der aus Wien angereiste kommunistische Funktionär Karl Tomann sprach daraufhin von der Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Österreich nach russischem und ungarischem Vorbild.²³ Um dieses Ziel zu erreichen – das auch für das Überleben der ungarischen Revolution wichtig war – unternahm die KPÖ nun mit ungarischer Hilfe doppelte Anstrengungen.

In den folgenden Tagen und Wochen konnten die Behörden daher wieder eine sprunghafte Zunahme der kommunistischen Propaganda und eine steigende Akzeptanz der kommunistischen Ideen sowie einen Rückgang des Einflusses der Sozialdemokratischen Partei in der Steiermark feststellen. In den ober- und weststeirischen Industriegemeinden kam es zu Ortsgruppengründungen und einem massiven Zustrom sozialdemokratischer Arbeiter zu den Kommunisten.²⁴ Daneben konnten Kommunisten bei den im April 1919 abgehaltenen Arbeiterrätewahlen Erfolge verzeichnen. So wurden in Donawitz von zwölf Arbeiterräten elf Kommunisten gewählt. Außerdem errangen sie bei den Invalidenräten von den sechs Räten vier,²⁵ und auch bei den Soldatenräten konnten die Kommunisten trotz wiederholter „Säuberungen“ einige neue Positionen erringen. Besonders stark waren sie im Arbeiterhilfskorps vertreten, wo die vier Soldatenräte des ersten Bataillons alle und unter den Soldatenräten des zweiten Bataillons zwei Kommunisten waren, was anlässlich einer Versammlung sogar dazu führte, dass ein Angehöriger des Arbeiterhilfskorps mitteilte, dieses werde sich bald in „Rote Garde“ umbenennen.²⁶

In Graz und den Umgebungsgemeinden fanden in den folgenden Wochen fast täglich Versammlungen statt,²⁷ die im Tenor der Reden sehr ähnlich waren und wo durch die Teilnahme von ungarischen Referenten immer schärfere Töne angeschlagen wurden. Es ging dabei neben dem neuerlichen Aufruf zum Wahlboykott – diesmal bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen – vor allem um Ungarn: Das österreichische Proletariat müsse im Falle des Einschreitens der Entente gegen die Räteregierung den Genossen in Ungarn beistehen. Dies gelänge am besten, indem Österreich dem Beispiel der Nachbarländer – am 6. April war auch Bayern Räterepublik geworden – folge und damit den Schlussstein für einen großen kommunistischen Block in Mitteleuropa bilde. Ungarn werde dafür im Falle einer Lebensmittelblockade seinerseits Österreich mit Lebensmitteln versorgen, hieß es.

Als typisches Beispiel für eine jener Versammlungen soll hier jene vom 16. April 1919 in den Annensälen etwas ausführlicher dargestellt werden, in der der aus Budapest nach Graz entsandte ungarische Rätebeauftragte Bela Weiss die Versammelten zu überzeugen versuchte, nicht als Rotgardisten nach Ungarn zu gehen, wie dies Leo Roth-

ziegel mit Hunderten Freiwilligen getan hatte, sondern sie aufforderte, „bleibt lieber hier und helfet tatkräftig mit zum Sturze“. „So wird die Proletarierdiktatur wie sie in Russland und Ungarn besteht, auch in Österreich und in den anderen europäischen Staaten ungeahnt und rasch Platz greifen. Deshalb schreckt nicht vor Gewaltmitteln zurück. Ein tüchtiger Sturm, ein energischer Anlauf und über Nacht haben wir die ‚Polizeidemokraten‘ gestürzt und herrlich wie das Morgenrot im Osten wird der neue gesunde Arbeiterstaat entstehen!“²⁸

Neuerliche Verfolgungen

Waren die Behörden im Februar des Jahres dem raschen Anwachsen der kommunistischen Bewegung zum Teil noch hinterhergehinkt, so waren sie diesmal darauf vorbereitet. Denn kaum waren die im Februar Verhafteten Ende März wieder freigelassen worden, wurden seitens der Behörden unter Einschluss der Sozialdemokratischen Partei Maßnahmen zum Zurückdrängen der Kommunistischen Partei ergriffen. Dies geschah auf mehreren Ebenen. Staatskanzler Karl Renner übermittelte am 8. April 1919 der Steiermärkischen Landesregierung detaillierte Anweisungen, wie gegen die Kommunisten vorzugehen sei.²⁹ „In dieser Richtung kommt“ – so Renner – „in erster Linie die *Abschaffung* in Betracht“, wobei nicht-österreichische Staatsangehörige – d.h. all jene Personen, die nicht im Gebiet der nunmehrigen Republik Deutsch-Österreich geboren und heimatberechtigt waren – über die Grenze abgeschoben und Österreicher aus dem Ort ihrer Agitationstätigkeit, in dem sie nicht heimatständig waren, ausgewiesen werden sollten. Diese Maßnahmen, so Renner, könnten am besten unter Mithilfe der Sozialdemokratischen Partei erfolgen: „Zu diesem Zwecke wird es sich insbesondere empfehlen, wenn die Behörden im gegebenen Falle sich unter anderem rechtzeitig auch mit den in Betracht kommenden Faktoren der organisierten Arbeiterschaft ihres Bezirkes ins Einvernehmen setzen.“ Während die Sozialdemokraten Listen von mit der Kommunistischen Partei Sympathisierenden erstellten und die Behörden diese über die Landes- bzw. Staatsgrenzen abschoben,³⁰ ließ die Steiermärkische Landesregierung über Anraten des Landeshauptmannstellvertreters Anton Rintelen in der Nacht vom 23. auf den 24. April 1919 in Graz erneut alle führenden Kommunisten verhaften. Der Grund dafür waren die Ereig-

nisse in Wien am Gründonnerstag. An diesem Tag, dem 17. April 1919, fand eine Versammlung von Invaliden, Heimkehrern und Arbeitslosen statt, die anschließend zum Parlament marschierten, wo es zu Schießereien kam, bei denen sechs Personen starben. Die KPÖ wurde daraufhin beschuldigt, einen Putschversuch unternommen zu haben. Auch wenn der Führung der KPÖ keine direkte Verstrickung in die Ereignisse am Gründonnerstag nachzuweisen war – das „kommunistische“ Volkswherbataillon 41 war im Gegenteil mitbeteiligt bei der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung –, hatten diese Ereignisse weitreichende Auswirkungen,³¹ sowohl für die weitere Entwicklung der österreichischen Partei, als auch für die steirische Organisation. So kam es innerhalb der österreichischen bzw. Wiener Partei zu einer scharfen Auseinandersetzung über die einzuschlagende Linie, wobei sich bis Mitte Mai die sektiererische Linke³² durchsetzen konnte. Für die KPÖ in der Steiermark bedeuteten die Ereignisse des sogenannten „Gründonnerstag-Putsches“ die neuerliche Zerschlagung der Organisation. Neben der Verhaftung aller führenden Kommunisten in Graz wurden auch die Parteilokale in der Eggenberger Allee und der Idlhofgasse gesperrt. Zudem wurden die Volkwehrebataillone und das Arbeiterhilfskorps von Kommunisten gesäubert. In einem Bericht des Landesgendarmierkommandos an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung hieß es dazu: „Zu dem Erfolge der komm. Bewegung in Graz u. Stmk. von der gefahrdrohenden Höhe, die sie bereits eingenommen, herabgestürzt zu haben, hat die klare, eindeutige Stellungnahme der steirischen Sozialdemokraten u. der Einfluss des Vollzugs Ausschusses des Soldatenrates wesentlich beigetragen. Nahezu alle komm. Elemente wurden aus dem A.H.K. u. den VW. Formationen entfernt, von den in den Reihen dieser Formationen verbleibenden eine dezidierte Erklärung zur Sozialdemokratischen Partei gefordert. Mit diesem zielbewussten Vorgehen hat die Sozialdemokratie ihre Herrschaft über diese Massen u. die mil. Formationen, die durch die komm. Agitation bereits sehr erschüttert war, neu gefestigt.“³³

Die Abschiebungen auf der einen und die Säuberungen sowie die neuerliche Verhaftung der Führung am 24. April auf der anderen Seite führten dazu, dass es fast einen Monat dauern sollte, bis die KPÖ in Graz dank ungarischer Unterstützung wieder in Erscheinung treten

konnte. Als Ende Mai in Graz erstmals wieder Kundgebungen stattfanden, kam es in Wien seit einiger Zeit täglich zu großen Kundgebungen der KPÖ gegen den geplanten Abbau der Volkswehr und für die rasche Errichtung der österreichischen Räterepublik. Um auch in Graz mit diesen Forderungen wieder Fuß fassen zu können, wurden aus Wien erneut Karl Janistyn und aus Budapest Stefan Szigetvary³⁴ nach Graz entsandt, die jedoch bereits unmittelbar nach ihrer Ankunft verhaftet und ins Landesgericht Graz eingeliefert wurden. Dennoch gelang es der KPÖ in Graz Ende Mai und Anfang Juni wieder 1.000 bis 2.000 Teilnehmer zu ihren Versammlungen zu mobilisieren. Neben den Protesten gegen den geplanten Abbau der Volkswehr standen Petitionen zur Freilassung der inhaftierten Genossen im Mittelpunkt dieser Versammlungen, wobei immer wieder Drohungen ausgesprochen wurden, demnächst zu wirksameren Maßnahmen zu greifen, sollten die Inhaftierten nicht freigelassen werden. Die steirischen Behörden ließen sich davon allerdings nicht beeindrucken und blieben ihrem bereits im Februar 1919 eingeschlagenen Sonderweg treu. So heißt es in einem Bericht u.a.: „In klarer Verfolgung der einmal eingeschlagenen Richtung wurden alle in diesen Versammlungen auftretenden Redner, welche zu gewaltsamen Vorgehen aufforderten, stets unmittelbar nach den Versammlungen verhaftet u. dem Landesgericht eingeliefert; so wurden nacheinander die letzten Ausschussmitglieder, die noch interkulturell [sic!] zu einer Führerschaft befähigt waren, ausgeschaltet. Durch Entsendung ergebnisloser Deputationen an die Landesregierung [...], die jedoch unbeachtet blieben, wurde die Ohnmacht der hiesigen Kommunisten klar dargetan.“³⁵ Dass die steirischen Behörden diesen Weg auch gegenüber den zentralen Behörden in Wien verfochten, zeigen die ablehnenden Stellungnahmen gegenüber den mehrmaligen Ersuchen des sozialdemokratischen Staatssekretärs des Inneren, Matthias Eldersch, die inhaftierten Kommunisten wieder freizulassen.³⁶

Auflösung der Kommunistischen Partei

Anfang Juli 1919 gelang es den steirischen Behörden schließlich gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, die Kommunistische Partei in Graz von innen her aufzulösen. Am 30. Juni 1919 übersandte das Präsidium des Landesgerichts Graz Landeshauptmann Rinte-



Plakat der KPÖ Graz vom Februar 1919

len ein Protokoll, das mit dem wegen kommunistischer Tätigkeit verhafteten Albert Bergauer aufgenommen worden war. Darin gab Bergauer an, er sei fälschlich als Kommunist festgenommen worden, vielmehr sei er seit 21 Jahren Sozialdemokrat und „als Sozialdemokrat ein Gegner der kommunistischen Partei“. Daher machte er die Behörden „darauf aufmerksam, dass die kommunistische Umsturzbewegung von verhafteten Kommunistenführern vom hiesigen Gefangenenhaus aus geleitet wird.“³⁷ Doch damit nicht genug: Bergauer sollte – von den Justizbehörden wieder auf freien Fuß gesetzt – in der Folge und nachdem der gesamte Ausschuss der KPÖ zurückgetreten war, zum neuen Wortführer und letztlich Liquidator der Partei werden. Bei der am 14. Juli abgehaltenen Versammlung der KPÖ wurde Bergauer Mitglied des neu gewählten Ausschusses der KPÖ, der beschloss, Verhandlungen mit der Sozialdemokratie aufzunehmen. Ende Juli 1919 berichteten die steirischen Zeitungen von einer „Wandlung der Grazer Kommunisten“: „Dem Vernehmen nach haben sich die besseren Elemente der Partei in dem Bestreben vereinigt, die zweifelhaften Elemente unter sich abzustößen, der Putschtaktik völlig zu entsagen und einen Anschluss an die Sozialdemokratische Partei zu suchen.“³⁸

Damit der Anschluss an die Sozialdemokratische Partei nicht vom Wiener Direktorium der KPÖ gestört oder verhindert werden konnte, wurde etwa Anfang August seitens der steirischen Behörden Emil Taussig, der aus Wien mit dem Mandat des Direktoriums ausgestattet nach Graz geschickt wurde, um

„endlich Klarheit zu schaffen, allenfalls die bisherige Organisation aufzulösen und eine neue aufzurichten“,³⁹ unmittelbar nach seiner Ankunft in Graz verhaftet. So fanden bis Mitte September „ungestört“ weitere Gespräche zwischen den kommunistischen Ausschussmitgliedern in Graz und der Führung der Sozialdemokratischen Partei statt, ehe am 12. September 1919 folgende Erklärung der abdruckt wurde: „Die Angehörigen der steirischen Gruppe der ‚Kommunistischen Partei Deutschösterreichs‘ teilten mit, dass sie sich von dieser Partei losgesagt haben, weil sie zur Erkenntnis gekommen sind, dass die Taktik der Partei das Proletariat schwächt und der unter der Mithilfe der imperialistischen Ententemächte immer mehr sichtbar werdenden Reaktion Vorschub leistet. Die Ereignisse in Deutschland und besonders in Ungarn haben gezeigt, dass die geschichtliche Entwicklung die Errichtung einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft dermalen noch ausschließt. Die unter dem Namen ‚Diktatur des Proletariats‘ in Ungarn aufgerichtete Herrschaft hat sich nicht auf die breiten Massen des Volkes gestützt, sie war eine Herrschaft, die auch gegen die Mehrheit des arbeitenden Volkes gerichtet war. Sie hat deshalb jener sittlichen Reinheit entbehrt, von der große geschichtliche Umwälzungen begleitet sind. Sie musste zusammenbrechen. Ihr Erfolg ist, wie sich nun zeigte, die Diskreditierung der sozialistischen und kommunistischen Idee bei den breiten Volksmassen und dass der Reaktion die Wege geebnet wurden, so dass jetzt sogar die errungene politische Freiheit, die demokratische Gleichberechtigung und die soziale Wohlfahrt der Arbeiterklasse bedroht erscheinen. Die Angehörigen der steirischen Gruppe der Kommunistischen Partei wollen nicht, dass man in Deutschösterreich dem abschreckenden Beispiele Ungarns folge. Sie sind der Überzeugung, dass angesichts der immer sichtbarer werdenden Sammlung der reaktionären Kräfte gegen den Bestand der freien Republik Deutschösterreich die Zersplitterung des Proletariats eine verderbliche Wirkung zeitigen könnte. Aus diesem Grunde beschlossen sie auch, wieder in die Sozialdemokratische Partei unter der Bedingung einzutreten, dass auch ihnen die gleiche Freiheit der Meinungsäußerung innerhalb der Partei zukomme, wie allen anderen Parteiangehörigen und sie im Sinne der kommunistischen Endziele, die ja nicht außerhalb der programmatischen Grundsätze

der Sozialdemokratischen Partei liegen, frei zu wirken vermögen. Die sozialdemokratische Landesparteivertretung hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen und die erwachte Einsicht und Rückkehr in die Reihen der Partei begrüßt.“⁴⁰ Drei Tage später, am 15. September 1919, fand die Einigungsversammlung der beiden Parteien statt, wo der Sozialdemokrat Josef Stanek abschließend meinte: „Die Kommunistische Partei in Graz hat sich also aufgelöst und es ist zu hoffen, dass nun nichts mehr die Einigkeit der Arbeiter stören wird.“⁴¹

Nachsatz

Dass die Auflösung der KPÖ in der Steiermark – obwohl hervorragend inszeniert und mit großem Getöse begleitet – dennoch nicht stattfand, hing damit zusammen, dass die Mitte August nach teilweise fast viermonatiger Haft entlassen und nicht über die Grenzen der Steiermark bzw. Österreichs abgeschobenen Mitglieder der KPÖ Graz sowie obersteirische kommunistische Vertrauensmänner in Bruck an der Mur am 13. September 1919 in einer Gegenresolution den Übertritt der kommunistischen Organisation zur sozialdemokratischen als nichtig erklärten, da es sich hierbei – wie es wörtlich hieß – lediglich „um den Übertritt von Personen handelt. Die kommunistisch gesinnte Arbeiterschaft Steiermarks ist trotz aller Verfolgungen den Idealen des revolutionären Sozialismus treu geblieben und wird sich auch in Hinkunft nicht durch die ekelerregenden Methoden der Resel, Eisler und Komplizen von ihrem Ziel, der proletarischen Revolution, abdrängen lassen.“⁴²

Am 1. Oktober 1919 fand schließlich in Graz wieder eine kommunistische Ausschusssitzung statt, bei der beschlossen wurde, sich wieder als eigenständige Organisation zusammen- und den Wienern anzuschließen. Aus diesem Grund wurde ein neuer Ausschuss gewählt, der seinen Sitz vorerst in die Obersteiermark verlegte.⁴³ In Graz wurde erstmals wieder am 13. Oktober eine Versammlung einberufen. Wenige Tage vor dem 3. Parteitag der KPÖ wurde in Graz am 3. Dezember 1919 ein neues kommunistisches Komitee gebildet, für das Heinrich Brodnig am Parteitag am 7./8. Dezember in Wien sprach, wo er mit dem Radikalismus der vergangenen Monate abrechnete und der Partei den mühevollen Weg der Massenarbeit vorschlug: „Manche Genossen scheinen den Parteitag als den Tummelplatz ihres Radikalismus anzusehen. Ich möchte ihnen raten,

in die Provinz zu gehen und es dort versuchen, ihre Taktik durchzusetzen. Wir in Steiermark haben daran gekrankt, dass wir glaubten, durch überradikale Mittel die Macht erlangen zu können. Außerdem hatten wir keinen organisatorischen Grundstock und auch das wurde zum Grund des Zusammenbruches in Steiermark. [...] Der theoretische Streit über Minderheit oder Mehrheit ist für die Praxis ohne Bedeutung. Wir müssen uns den jeweiligen Verhältnissen anpassen. Wir haben nichts davon, wenn die Minderheit will und die Mehrheit nicht mitgeht. Bei uns ist der Terror am stärksten, es wird mit allen Mitteln gegen uns gekämpft und wenn wir einen radikaleren Weg einschlagen, verlassen uns die Mitglieder, die wir haben. [...] Die Genossen, die sich in Steiermark nach unserer Verhaftung den Sozialdemokraten angeschlossen haben, waren keine wirklichen Kommunisten. Diese sind bei uns geblieben. Wir wollen jetzt unsere Organisation neu aufbauen und durch Organisation und durch das Hineintragen unserer Idee in die Massen können wir etwas erreichen.“⁴⁴

Anmerkungen:

1/ Protokoll der 3. Reichskonferenz der kommunistischen Partei Deutschösterreichs am 7. u. 8. Dezember 1919. Wien 1920, S. 72f.

2/ *Tagespost*, 8.12.1918.

3/ Arbeiterwille, 23.12.1918; Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Statthaltereipräsidium (StH. Präs.) E 91–3416/1918, Heft (H.) 1, Kommunistische Bewegung in Graz, Bericht v. 22.12.1918.

4/ *Tagespost*, 24.12.1918.

5/ Karl Steinhardt: Lebenserinnerungen eines Wiener Arbeiters, hg. und eingeleitet von Manfred Mugrauer. Wien 2013 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 7), S. 197.

6/ Hans Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924. Wien, Zürich 1987, S. 193f.

7/ StLA, StH. Präs. E 91–3416/1918, H. 1, Bericht v. 14.1.1919.

8/ Dazu auch der Artikel: „Arbeiterschaft und Wahlkampf“, in: *Weckruf*, 4.1.1919.

9/ Nikolai Bucharin: Die Staatsidee der österreichischen Sozialdemokraten und der Marxistische Kommunismus, in: *Weckruf*, 11.1.1919; ders.: Was ist die Eroberung der politischen Macht? in: *Die soziale Revolution*, 15.1.1919; Leo Trotzki: Proletarier, ihr habt von der Nationalversammlung nichts zu erwarten, in: *Die soziale Revolution*, 25.1.1919.

10/ Antrag der Ortsgruppe Graz, Donawitz und Voitsberg der Kommunistischen Partei, in: Der erste Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Wien 1919, S. 38.

11/ Brodnig am ersten Parteitag, in: ebd., S. 40.
 12/ Während bei der Wahl zur Nationalversammlung im Februar 1919 „nur“ 23,4 Prozent der Wahl ferngeblieben waren, waren es im Mai 1919 44 Prozent, die die Wahl boykottierten. Bei der Wahl zur Nationalversammlung 1920 lag die Zahl der der Wahl Ferngebliebenen wieder bei rund 24 Prozent. Die Rohdaten basieren auf: Die Wahlen in der Landeshauptstadt Graz von 1919–1963, hg. v. Magistrat Graz, Statistisches Amt. April 1964.
 13/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 1, Berichte v. 1.2., 2.2., 5.2. und 16.2.1919.
 14/ StLA, BKA Inneres, 22/Stmk, 1918–1928, Kt. II, Zl. 10545/19, Beilage zum Bericht v. 18.3.1919; Flugblatt der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs: Die Wahrheit über die Ereignisse in Graz.
 15/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 4, Bericht der Polizeidirektion Graz an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung v. 12.1.1920.
 16/ Der Erlass wurde abgedruckt in: *Die soziale Revolution*, 1.2.1919.
 17/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 1, Bericht v. 5.2.1919 bzw. Brief des Bürgermeisters an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung v. 20.2.1919.
 18/ *Tagespost*, Morgenblatt, 22.2.1919; *Arbeiterwille*, 22.2.1919. Maßnahmen des Bürgermeisters vom 21. Februar 1919. Die Kundmachung des Standrechtes für die Gemeinden Graz, Gösting, Eggenberg und Wetzelsdorf lag seitens der Steiermärkischen Landesregierung schon fertig vor, wobei nur noch das Datum einzutragen war. StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 4: Vordruck: Kundmachung über die Verhängung des Standrechtes wegen Verbrechens des Aufbruchs.
 19/ Anton Rintelen: Erinnerungen an Österreichs Weg. Versailles, Berchtesgaden, Großdeutschland. München 1941, S. 102ff. Rintelen irrt sich in seinen Erinnerungen sowohl bezüglich Datum als auch Zahl der Teilnehmer („etwa zehntausend aufgepeitschte Menschen“).
 20/ Es gibt verschiedene Darstellungen zu diesen Ereignissen. Vgl. dazu diverse Berichte in StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 1; Rintelen: Erinnerungen an Österreichs Weg, S. 104; Zeitungsberichte der *Tagespost* und *Arbeiterwille*.
 21/ *Arbeiterwille*, 24.2.1919.
 22/ *Die soziale Revolution*, 26.3.1919.
 23/ Dazu u.a. *Montagszeitung*, 31.3.1919; *Arbeiterwille*, 31.3.1919; *Die soziale Revolution*, 2.4.1919. Vgl. StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 1, Bericht der Polizeidirektion an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung v. 31.3.1919, Bericht des Landesgendarmeriekommandos an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung v. 3.4.1919.
 24/ Diverse Berichte im April 1919 in StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 2.
 25/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 2,

Bericht v. 19.4.1919.
 26/ Ebd., Bericht v. 8.4.1919.
 27/ Ebd., diverse Berichte im April 1919. *Arbeiterwille*, 12. bzw. 14.4.1919; *Die soziale Revolution*, 12.4.1919.
 28/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 2, Bericht v. 19.4.1919.
 29/ Ebd., Schreiben von Staatskanzler Karl Renner an die Steiermärkische Landesregierung v. 8.4.1919. Alle folgenden Zitate in diesem Absatz sind diesem Schreiben entnommen.
 30/ So waren etwa bereits am 18.4.1919 in Leoben auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei vierzehn nach Jugoslawien heimatberechtigte Kommunisten an die Bezirkshauptmannschaft zwecks Abschiebung angezeigt worden, „welchem Ansinnen seitens dieses Amtes natürlicherweise bereitwilligst Folge gegeben wurde“. StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 2, Bericht v. 19.4.1919.
 31/ Hans Hautmann: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919. Wien 1970, S. 90ff.; Gerhard Botz: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938. München 1983, S. 48ff.
 32/ Diese Gruppe rund um Franz Koritschoner dürfte gemeinsam mit ungarischen Emissären bereits am 17. April 1919, ohne die Parteiführung zu informieren, eine Aktion geplant haben, die auf die Ausrufung der Räterepublik in Österreich abzielte, um so der bedrängten ungarischen Räterepublik beizustehen.
 33/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 3, Bericht v. 9.7.1919. Dazu auch die Erklärung des Wehrbataillons des Arbeiterhilfskorps, abgedruckt in *Arbeiterwille*, 28.4.1919.
 34/ Szigetvay war laut Bericht der Polizeidirektion Volksbeauftragter für Äußeres und die Armee an der Grenze. Siehe: StLA, Sth. Präs. E

91–3416/1918, H. 4, Bericht der Polizeidirektion an das Präsidium der Steiermärkischen Landesregierung v. 1.9.1919. Szigetvay wurde am 29. August 1919 nach Ungarn ausgeliefert, wo er – wie es im Polizeibericht heißt – schwer misshandelt wurde. Dennoch sei ihm die Flucht aus ungarischer Haft geglückt.
 35/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 3, Bericht v. 9.7.1919.
 36/ So hatte Eldersch bereits Anfang Juni auf die Bitte des Direktionsmitgliedes der KPÖ Tomann erstmals die steirischen Behörden ersucht, die Kommunisten zu enthaften, was diese jedoch rundweg ablehnten. Ebd., H. 2, Bericht v. 11.6.1919. Eldersch sprach – wie die Gendarmeriedirektion in Erfahrung brachte – auch bei der sozialdemokratischen Parteileitung mit dem Ansinnen vor, diese solle für die Enthaftung der Kommunisten eintreten, was diese genauso ablehnte wie die steirischen Behörden. Ebd., Bericht v. 14.6.1919.
 37/ Ebd., H. 3: Vernehmung des Beschuldigten Albert Bergauer, 30.6.1919.
 38/ *Tagespost*, 30.7.1919; *Arbeiterwille*, 31.7.1919.
 39/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, 22/Stmk, fol. 1062, Bericht der Oberstaatsanwaltschaft an das Staatsamt für Justiz vom 12.8.1919.
 40/ *Arbeiterwille*, 12.9.1919; *Tagespost*, Abendblatt, 12.9.1919.
 41/ Josef Stanek, zit. nach *Arbeiterwille*, 20.9.1919 („Die Einigungsversammlung mit den Kommunisten“).
 42/ Resolution vom 13. September 1919, in: *Die Rote Fahne*, 27.9.1919.
 43/ StLA, Sth. Präs. E 91–3416/1918, H. 4, Bericht der Detektivabteilung an das Landesgendarmeriekommando v. 2.10.1919.
 44/ Protokoll der 3. Reichskonferenz der kommunistischen Partei Deutschösterreichs am 7. u. 8. Dezember 1919, S. 72f.

Ehrung für Claudia Kuretsidis-Haider

Claudia Kuretsidis-Haider, wissenschaftliche Mitarbeiterin des DÖW, Ko-Leiterin der *Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* und Mitglied des Vorstands der *Alfred Klahr Gesellschaft*, wurde mit der Rosa-Jochmann-Plakette des *Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen* ausgezeichnet. Überreicht wurde die Plakette vom geschäftsführenden Bundesvorsitzenden der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Gerald Netzl im Rahmen der Festveranstaltung „20 Jahre Forschungsstelle Nachkriegsjustiz“ am 13. Dezember 2018 im Wiener Landesgericht. „Claudia Kuretsidis-Haider verbindet

auf beispielgebende Weise Wissenschaft und zivilgesellschaftliches Engagement. Ihre Aktivitäten sind gelebtes ‚Niemals vergessen‘“, so Gerald Netzl im Zuge der Ehrung.



© Dominik Lang